



29. Geschäftsbericht der AUNS

2014

AUNS
ASIN
ASNI

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse indépendante et neutre
Azione per una Svizzera neutrale e indipendente

Die Organe der AUNS (Stand: 31.12. 2014)

Vorstand

Präsident

Reimann Lukas Jurist MLaw, Nationalrat, 9500 Wil

Vizepräsidenten

Kessler Oswald VR-Präsident, 1400 Yverdon-les-Bains
Stamm Luzi Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden

Mitglieder

Cherbuin Aliette Kleinkindererzieherin, 1400 Yverdon-les Bains
Cipolla Jean-Dominique Notar, 1920 Martigny
Damiani Mauro Projektverantwortlicher, 6516 Cugnasco-Gerra
Etter Hans Kaufmann, alt Grossrat, 3052 Zollikofen (bis September 2014)
Fournier Anne Unternehmerin, 1007 Lausanne
Freysinger Oskar Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat und Staatsrat, 1965 Savièse
Fuchs Thomas Fuchs Thomas, Betriebswirtschaftler, Grossrat und
alt Nationalrat, 3018 Bern-Bümpliz
Grangier Kevin Mediamatiker, Generalsekretär, 1666 Grandvillard
Mörgeli Christoph Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon
Rückert Amanda Juristin, Kantonsrätin, Stadträtin, 6962 Viganello
Scheidegger René ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac
Surber-Devoto Conrado A. dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Lima, Peru

Revisor

Andreas Roth Notar, 3822 Lauterbrunnen

Geschäftsstelle

Geschäftsführer: Werner Gartenmann, 3800 Matten b. Interlaken
Mitarbeiter: Albert Leimgruber, 1783 La Corbaz
Sekretariat: Katharina Fischer, 3006 Bern

Stützpunkte

Doyenne AUNS-Stützpunkte: Elvira Hengeveld, 7205 Zizers, hengeveld@auns.ch
Coordination Suisse romande: Albert Leimgruber, 1783 La Corbaz, leimgruber@asin.ch
ASNI Ticino: Mauro Damiani, 6516 Cugnasco-Gerra, damiani@asni.ch

Impressum

Herausgeber: Vorstand der AUNS
Redaktion: Geschäftsstelle der AUNS
Postfach 669, CH-3000 Bern 31
Tel.: 031 356 27 27, Fax: 031 356 27 28
www.auns.ch / E-Mail: info@auns.ch
Internet: 30-10011-5 / IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5
PC-Konto:

Inhaltsverzeichnis

Die Organe der AUNS	2
Einleitung	4
Tätigkeit 2014 der AUNS	8
Jahresrechnung und Bilanz 2014	16

Nach der verlorenen Schlacht von Marignano (1515) entschied sich die Eidgenossenschaft, sich aus bewaffneten und fremden Händeln rauszuhalten. 1815 bestätigten die europäischen Mächte in ihrem Interesse und auch im Interesse der Schweiz die immerwährende Neutralität. Der Deutsch-Französische Krieg (1870), der Erste Weltkrieg, der Beitritt zum Völkerbund, der Zweite Weltkrieg, der Kalte Krieg und die aktuelle Situation in Europa stellen die Neutralität immer wieder auf die Probe und provozieren Forderungen, sie aufzugeben. Die Freiheit, die Eigenständigkeit und die Sicherheit der Schweiz waren und sind am besten geschützt, wenn die Neutralität politisch und militärisch glaubwürdig verteidigt wird. Sie ermöglicht bis heute die humanitäre Tradition und die Friedensdiplomatie der Schweiz. Die Neutralität schlägt innen- und ausenpolitisch erfolgreich Brücken.



Einleitung

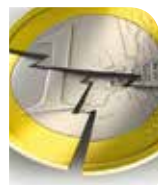
Wo stehen wir Ende 2014? Wo steht die Schweiz? Europa? Die Welt? Trotz weltweit zunehmender Regulierung und Entmündigung der Menschen, trotz internationaler Organisationen, die sich verstärkt in die Angelegenheiten funktionierender Staaten einmischen, ist die Welt insgesamt weder friedlicher noch freier geworden. Das UNHCR¹ zählte 2014 weltweit rund 58 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene – eine seit dem Zweiten Weltkrieg nie erreichte Zahl. Vor den Toren Europas spielt sich das grösste Flüchtlingselend seit dem Zweiten Weltkrieg ab. Die Schlepperkriminalität verdient Milliarden. Das Schengen- und Dublin-System hat sich als reine Schönwetter-Abkommen entpuppt.

US-Kriegsschiffe kreuzen im Schwarzen Meer, die russische Flotte im Ärmelkanal. Krieg und Terror wüten mit unverminderter Härte, die Medien berichten täglich mit unerträglichen Bildern. 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger. Über 200 Millionen sind arbeitslos. In der EU sind 24,4 Millionen Männer und Frauen ohne Arbeit, davon 5,1 Millionen im Alter unter 25 Jahren. Allein in Spanien waren im November 2014 rund 858'000 junge Menschen arbeitslos.

Euro als Gefahr

Der Wirtschaftsstandort Europa verliert weiter an Tempo. Verantwortung dafür trägt die EU. EU-Funktionäre geben den

einzelnen Staaten die Schuld. Wenn der Schwarze Peter für das Negative gesucht



wird, müssen die sonst verschmähten Nationalstaaten herhalten. Für die «grossen und positiven Erregenschaften» wie Frieden, Wertegemeinschaft,

Menschenrechte und vergünstigte Mobiltelefongebühren sorgt die EU ...

Die EU-Gemeinschaftswährung Euro befindet sich in der Dauerkrise. Die Kosten für die Aufrechterhaltung einer Währung, die als politisches Mittel ohne genügende ökonomische und politische Grundlagen eine politische Union erzwingen soll, sind kaum noch mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar. Das schwache Wachstum in der Euro-Zone wird zur Belastung für die Weltwirtschaft und gefährdet den sozialen Frieden in Europa. Gigantische staatliche Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur sollen der EU Wachstum bringen. Mit einer unvorstellbaren Geldschwemme verbilligt die Europäische Zentralbank (EZB) den Euro mit dem Ziel, die Exporte anzukurbeln. Die Schulden der meisten EU-Staaten nehmen zu. In staatlichen Pensionskassen klaffen gewaltige Finanzierungslücken. Die Zeche für diese Politik «auf Pump» werden die nächsten Generationen bezahlen.

Demokratie bleibt auf der Strecke

Trotz der Wahl eines neuen EU-Parlamentes und einer neu gewählten EU-Kommission unter der Führung des Luxemburger

Steuroptimierers Jean-Claude Juncker – wieder ein selbsternannter «Freund der Schweiz» –, ist in der EU kein demokratischer Fortschritt auszumachen. Die EU-Bürgerinitiative zum Beispiel war und bleibt eine demokratische Farce. Von total 48 Begehren² wurden 20 von der EU-Kommission bereits vor der Unterschriftensammlung zurückgewiesen. Also gegen die Hälfte der Begehren wurden abgelehnt, weil das politische System der EU die Voraussetzungen für eine politische Mitsprache der Bürger schlicht nicht hat. Und der Witz ist, dass die Zulassung von der EU-Kommission allein geprüft wird, die gleichzeitig Empfänger einer Initiative ist. 16 Unterschriftensammlungen wurden vorzeitig abgebrochen. Die Hürde für das Zustandekommen ist hoch. In 12 Monaten müssen 1 Million gültige Unterschriften in mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden. Lediglich zwei Begehren wurden gültig eingereicht. Fazit: Unsere direkte Demokratie wurde möglich, indem das verfassungsmässige, gesetzgeberische und politische Umfeld weiter entwickelt wurde. Direkte Demokratie kann nicht funktionieren, wenn den Bürgern über Nacht ein Schmäckerl³ aufgetischt wird. Demokratie entsteht auch nicht, wenn die EU-Zentrale mit millionenschweren Werbekampagnen mehr Bürgernähe herbeiredet und den Menschen den Slogan «Mein Europa» eintrichtern will. Demokra-



trale mit millionenschweren Werbekampagnen mehr Bürgernähe herbeiredet und den Menschen den Slogan «Mein Europa» eintrichtern will. Demokra-

¹ Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge; englisch: United Nations High Commissioner for Refugees

² Quelle: «Volkes Wille?» Stefan Howald, 2014, Rotpunktverlag

³ Bayerisch, österreichisch: Leckerbissen





tie kann nicht gelebt werden, wenn EU-Kritiker als Anti-Europäer, Ewiggestrige, Rechtsextreme, Rassisten und Dummköpfe abqualifiziert werden.

Bilaterale Versprechen

Die Schweiz hat ausserhalb der EU ihre Hausaufgaben weitgehend gemacht. Das Mantra der heimischen EU-Verblendeten, die Schweiz verdanke ihren Erfolg den Bilateralen und insbesondere der Personenfreizügigkeit, ignorieren wir an dieser Stelle. Zu fadenscheinig ist die eigentliche Absicht: EU-Beitritt via Bilaterale erschleichen. Was nicht ignoriert werden kann, sind die bilateralen Lügen: Das Landverkehrsabkommen hat den



Alpenschutzartikel 84 der Bundesverfassung ausgehebelt. Das Gesetz sah vor, dass innerhalb von zwei Jahren nach der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels im Jahr 2009 nur noch 650'000 Lastwagen pro Jahr, also weniger als die Hälfte der im Jahr 2000 gezählten Transitfahrten, die Schweizer Alpen auf der Strasse durchqueren. 2013 waren es 1'143'000 Fahrten! Personenfreizügigkeit: Statt der angesagten 8000 kommen jährlich mindestens netto 80'000 EU-Zuwanderer. Schengen: Statt weniger Kriminalität haben 2014 an

der Schweizer Grenze die illegalen Einreisen und die Schlepperkriminalität Rekordwerte erreicht. Das Grenzwachtkorps zog gegenüber dem Vorjahr zudem 15 % mehr Heroin sicher. Dublin: Statt weniger Asylgesuche dank versprochener Rückschaffung steigen die Zahlen und Kosten im Asylwesen.

Schweiz behauptet sich – wenigstens wirtschaftlich

Die Schweiz konnte sich 2014 wirtschaftlich trotz des widrigen Umfelds auf hohem Niveau behaupten. Die politische Bilanz fällt hingegen nüchtern aus. Im Inland nehmen Regulierung, Zentralismus und Bürokratie unvermindert zu. Bundesbern ist nicht gewillt, den Missstand bei Unterschriftensammlungen zu korrigieren. Wir erinnern uns, dass in den letzten Jahren etliche Referenden gescheitert sind, weil die Beglaubigung der Unterschriften durch die Gemeinden nicht zuverlässig geklappt hat und somit der Wille von Tausenden administrativ gekappt wurde. Das Anliegen der AUNS, hier endlich zugunsten der Demokratie zu handeln, verpuffte in Bern. Es grenzt an Zynismus, wenn Politiker gleichzeitig Loblieder auf die «mutige» direkte Demokratie posaunen, aber im Hintergrund die Mitsprache des Volkes

– in bester EU-Manier – abwürgen: Nicht-Umsetzung von Initiativen, Schlamperei bei der Beglaubigung von Unterschriften, Ausweitung der Ungültigkeitsgründe, Kuschen vor internationalem Recht und fremden Richtern, automatische Übernahme von EU-Recht.

EU-Solidarität:

Der Gesunde muss krank werden

Dank der direkten Demokratie haben wir verhältnismässig tiefe Steuern, tiefere Staatsschulden sowie noch einigermaßen freiheitliche Strukturen. Die Schweiz wird aber von «Kranken» für ihre Gesundheit bestraft: Zerstörung des Finanzplatzes, überbewerteter Franken infolge Euro-Abwertung und Euro-Vertrauensverlust, erpresste Milliardenzahlungen, respektloser Umgang mit Volksentscheiden, erpresste (Guillotine-Klausel) und masslose EU-Zuwanderung. Der Bundesrat und die Classe politique irrlichtern weiter: sich dem Kranken noch stärker anpassen. Es grenzt allmählich an pure Ignoranz unserer Landesvertreter, wenn insbesondere der wirtschaftliche Beitrag der Schweiz an die EU verschwiegen wird: Import aus der EU grösser als der Export (schafft Arbeitsplätze in der EU), gegen 400'000 Grenzgänger, mehr als 1 Million EU-Bürger in der Schweiz, milliardenschwere Investitionen im EU-Binnenmarkt und in die EU-Forschung, Inbetriebnahme neuer alpenquerender Infrastrukturen, Kohäsionszahlungen usw.

Die Herausforderung

Innenpolitisch gilt es, die ausufernde Regulierungswut zu bremsen; aussenpolitisch muss die Preisgabe der eidgenössischen Gesetzgebung und Rechtsprechung an die EU gestoppt werden. Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist vor einer falschen Neutralitätspolitik zu schützen. Das Schweizer OSZE-Präsidium zeigte 2014 einerseits, dass die Neutralität nach wie vor von Nutzen sein kann, andererseits aber auch, dass eine zu personalisierte und blauäugige Aussenpolitik keine Resultate liefert: Ukraine-Konflikt. Der oft bemühte Satz «Mischt Euch nicht in fremde Händel ein» bewahrheitet sich immer wieder. Die Machenschaften geheimer Zirkel in der Bundesverwaltung⁴ und der «verpolitisierten» Politwissenschaft gegen die direkte Demokratie sind schonungslos aufzudecken. Dieser Kampf ist gerade nach den undemokratischen Reaktionen auf das Ja vom 9. Februar 2014 zur Masseneinwanderungs-Initiative notwendiger denn je.

Die rote Linie bleibt unverändert

Die direkte Demokratie ist mit der EU nicht vereinbar. Sie ist aber auch nicht vereinbar mit der Einmischung internationaler Gerichtshöfe und fremder Regierungen.

Fazit: Unsere Demokratie, die Schweiz, ist nicht verhandelbar.

⁴Im Juni 2014 erfuhrt die Öffentlichkeit, dass eine Geheimgruppe in der Bundeskanzlei die Volksrechte einschränken will.



Tätigkeit 2014 der AUNS

Das Geschäftsjahr 2014 war für die AUNS ein unerwartet aktives Jahr. Neben zwei Abstimmungskämpfen fand eine ausserordentliche Mitgliederversammlung statt. Über zwanzig Pressemitteilungen, diverse Veranstaltungen und Standaktionen, aktuelle Internetseiten sowie ein aktives Facebook sorgten für eine starke Präsenz. Mitglieder des Vorstandes und der Geschäftsstelle waren regelmässig in Medien präsent. In die Mitgliederwerbung wurde im Vergleich zu den Vorjahren bedeutend mehr Mittel eingesetzt.

18. Mai 2014: Kurz-sichtiger Entscheid

Die Beschaffung von Kampfflugzeugen für den Teil-Ersatz der veralteten «Tiger-Flotte» wurde vom Stimmvolk abgelehnt. Für die AUNS ist dieser Entscheid kurzfristig und ge-

fährlich. Die Verantwortung für den Negativentscheid tragen die bürgerlichen Parteien und Armeekreise. Parteipolitische Ranküne und sinnlose, lächerliche Diskussionen über Typenvorlieben («Rafale, Eurofighter versus Gripen») machten den Armeeabschaffern inklusive der Bundesratspartei SP den Weg frei. Eine gewisse Arroganz haftet dem Nein-Entscheid an. Von den Armeeangehörigen wird verlangt, dass sie für die Sicherheit sorgen – unter Einsatz ihres Lebens. Die notwendige Ausrüstung wird der Armee verweigert – Feuerwehr, Rettungs- und Gesundheitswesen? Die AUNS fordert, dass die Luftwaffe als Garant der Lufthoheit und der Neutralität rasch die dringend notwendigen Mittel erhält. Die Situation gerade im europäischen Umfeld lässt keinen Handlungsspielraum offen. Die AUNS hat sich mit einer eigenen, bürgernahen Kampagne stark für die Kampfflugzeug-Beschaffung eingesetzt.

9. Februar 2014: Weitsichtiger Entscheid

Mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative (Art. 121a BV⁵) haben die

Stimmbürger und die Mehrheit der Kantone die bisherige EU-Anpassungspolitik des Bundesrates zurückgewiesen. Die Schweizer wollen nicht, dass 500 Millionen EU-Bürger ein Recht auf grenzenlose Einwanderung haben und Brüssel die Einwanderungspolitik der Schweiz bestimmt. Sie haben klar zum Ausdruck gebracht, dass die Eidgenossenschaft die Souveränität in Migrationsfragen wiedererlangen soll und dass die Zuwanderung auf die Bedürfnisse des Landes und nicht der EU auszurichten ist. Die AUNS fordert den Bundesrat auf, die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative im Interesse der Stimmbürger umzusetzen. Die AUNS erwartet vom Bundesrat Mut zur Demokratie.

Die AUNS hat sich bereits ab Dezember 2013 intensiv für die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative eingesetzt.

29. Mitgliederversammlung

Über 700 Mitglieder aus allen Landesteilen der Schweiz trafen sich am 26. April 2014 in Bern zur 29. ordentlichen Mitgliederversammlung.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander teilte aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig seinen Rücktritt als AUNS-Präsident mit. Unter dem Titel «Was will der Bundesrat – was will die AUNS?» entlarvte Vizepräsident Luzi Stamm in einer politischen Standortbestimmung die Absichten des Bundesrates. Seit 1991 verfolgt Bundesbern schrittweise den EU-Beitritt. Nach dem Nein zum EWR-Beitritt 1992 schloss die Schweiz mit der EU bilaterale Verträge ab. Das Fazit fällt nüchtern aus. Diese Verträge führten die Schweiz nicht nur immer mehr in Zugzwang und belasten die Souveränität (Rechtsübernahme, höhere Kosten), sondern entpuppen sich als regelrechte EU-Beitrittsbeschleuniger. Luzi Stamm rief die Anwesenden auf, die direkte Demokratie auf keinen Fall von der Classe politique an die Wand fahren zu lassen. Die Mitglieder verabschiedeten eine Resolution, welche den Vorstand beauftragt, eine Volksinitiative auszuarbeiten mit dem Ziel, den schleichenden EU-Beitritt zu stoppen und die EU-Beitrittsbeschleuniger Bilaterale Pakete 1 und 2 zu kündigen

Stärkt und sichert die Schweiz!



AUNS

JA 18. Mai 2014 zur Schweizer Luftwaffe



⁵Artikel 121a Steuerung der Zuwanderung

Dr. Pirmin Schwander

Nationalrat Pirmin Schwander übernahm das Präsidium Ende 2003 interimistisch, nachdem Christoph Blocher in den Bundesrat gewählt wurde. Die Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004 wählte ihn einstimmig zum neuen Präsidenten. Während rund elf Jahren prägte Pirmin Schwander die AUNS. Er betonte die Überparteilichkeit der AUNS und setzte sich mit Nachdruck für eine eigenständige Politik ein. In seinen Standortbestimmungen anlässlich der Mitgliederversammlungen warnte er als einer der ersten Politiker vor den Konsequenzen der bilateralen Verträge, insbesondere der Personenfreizügigkeit und der Schengen-Dublin-Mitgliedschaft. Schwander zeichnete sich durch seine gradlinige und kompromisslose Politik aus. Die AUNS dankt ihm für seinen ausserordentlichen Einsatz und wünscht ihm alles Gute.

Vorstand – neuer Präsident

Auf Antrag des Vorstandes wählte die Versammlung einstimmig Nationalrat Lukas Reimann zum neuen Präsidenten. Er übernimmt somit nach Christoph Blocher und Pirmin Schwander das dritte Präsidium. Für eine weitere Amtszeit wurden gewählt: Nationalrat und Staatsrat Oskar Freysinger, Aliette Cherbuin, Anne Fournier und Mauro Damiani.



Neu in den Vorstand gewählt wurde Amanda Rückert aus dem Kanton Tessin. Die junge Juristin und Kantonsrätin aus Viganello verstärkt die Tessiner Vertretung. Marc R. Studer aus Etoy verliess den Vorstand.

Streitgespräch mit Roger Köppel und Thomas Maissen

Weltwoche-Verleger Roger Köppel und Historiker Prof. Dr. Thomas Maissen erläuterten unter der Gesprächsleitung von Verleger Urs Gossweiler ihre Sicht zum Thema «Die Schweiz und Europa». Thomas Maissen sieht die Souveränität und Demokratie der Schweiz mittelfristig nur in der Europäischen Union gesichert. Roger Köppel warnte hingegen vom Irrglauben, das Erfolgsmodell Schweiz könne unter dem EU-Euro-Zentralismus fortgesetzt werden. Weder die direkte Demokratie noch ein freiheitlich gestalteter Wirtschaftsstandort Schweiz hätten in der EU Bestand.

2. AUNS-Anerkennungspreis

Geschäftsführer Werner Gartenmann überreichte Elvira Hengeveld aus Zizers den 2. AUNS-Anerkennungspreis. Im Juni 2004 übernahm Elvira Hengeveld die Leitung der AUNS im Kanton Graubünden und führt den Stützpunkt mit grossem, uneigennützigem Engagement. Jedes Jahr organisiert sie einen Reisecharter und reist mit jeweils über 50 Mitgliedern zur AUNS-Mitgliederver-



sammlung nach Bern. Am 2. Oktober 2014 besuchte sie mit über 150 Mitgliedern die Ems-Chemie in Domat/Ems. Über die Jahre hat sie eine aktive Gruppe aufgebaut.

Ausserordentliche Mitgliederversammlung

Am 4. Oktober 2014 führte die AUNS in Winterthur ihre erste ausserordentliche Mitgliederversammlung durch. 1000 Mitglieder und Sympathisanten fanden sich in Winterthur ein. Die stimmberechtigten Mitglieder fassten für die Ecopop-Initiative und für die Gold-Initiative die Ja-Parolen. (beide Vorlagen wurden in der Volksabstimmung vom 30. November 2014 abgelehnt). Höhepunkt war das Referat des britischen Europaabgeordneten Nigel Farage, welcher die United Kingdom Independence Party UKIP (Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) präsidiert. In einer fulminanten Rede rechnete Farage mit der zentralistischen und undemokratischen EU ab. Die Schweiz bezeichnete er als Leucht-

turm und Vorbild. Das AUNS-Bläserensemble unter der Leitung von Jakob Leuenberger umrahmte das Programm musikalisch. Die Veranstaltung in Winterthur musste mit einem unerwartet grossen Sicherheitsaufgebot gegen linke undemokratische «Autonome» gesichert werden. Die AUNS dankt der Stadtpolizei Winterthur und den Verantwortlichen der Parkarena für die Unterstützung.

Vorstand

Der Vorstand tagte vier Mal in Bern, jeweils am ersten Tag der eidgenössischen Session. Im April fand eine zusätzliche Sitzung statt. Als strategisches Organ beurteilt der Vorstand laufend die politische Lage und löst entsprechende Aktionen aus. Die Sicherung der Eigenständigkeit, Souveränität, der direkten Demokratie



und Neutralität stand im Zentrum. Speziell beobachtet wurde die Politik des Bundesrates mit Blick auf die Umsetzung des Artikels 121a der Bundesverfassung (Steuerung der Zuwanderung) und die Verhandlungen mit der EU über die sogenannten institutionellen Fragen (automatische EU-Rechtsübernahme, EU-Richter als Kontrolle der direkten Demokratie). Ab Juni 2014 leitete der neu gewählte Präsident, Nationalrat Lukas Reimann, die Vorstandssitzungen. Der Vorstand beschloss, am 4. Oktober 2014 erstmals eine ausserordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen. Aufgrund der Entwicklungen nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative will der Vorstand mit einer Volksinitiative «Bilaterale», wie sie die von der Mitgliederversammlung vom 26. April 2014 verabschiedete Resolution vorsieht, nicht vorpreschen.

Strategiekommission

Die Strategiekommission setzte unter der Leitung des Vizepräsidenten Oswald Kessler die im Jahr 2013 begonnene Arbeit fort und gab zuhänden des Vorstandes Empfehlungen für die politische Schwerkewichtsbildung ab. Mitunter empfahl die Kommission, die AUNS müsse sich weiterhin auf ihre Kernthemen Unabhängigkeit und Neutralität konzentrieren und Nebenschauplätze vermeiden.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle übernahm wieder-

um vielseitige Aufträge auf der operativen Ebene: Administration, Vorbereitung der Vorstandssitzungen, Redaktionsarbeit, Internet, Social Media, Mitgliederdienste, Mitgliederwerbung, Koordination der kantonalen Stützpunkte, Vernehmlassungen, Kontakte zu Behörden, Medien und befreundeten Organisationen im In- und Ausland. Besonders gepflegt wurde die Partnerschaft mit der juns.ch, «Junge für Unabhängigkeit und Neutralität». Im Auftrag des Vorstandes führte die Geschäftsstelle die 29. ordentliche Mitgliederversammlung vom 26. April 2014 in Bern und die ausserordentliche Mitgliederversammlung mit UKIP-Präsident Nigel Farage in Winterthur durch. Sie hat regelmässig Medienmitteilungen zu aktuellen Ereignissen verfasst. Der vollamtliche Geschäftsführer Werner Gartenmann wird unterstützt von der Sekretärin Katharina Fischer (60 %) und von Albert Leimgruber (100 %), welcher ab Mitte des Geschäftsjahres neu die Coordination Suisse romande übernahm.

AUNS-Stützpunkte

Suisse romande

Die Abstimmungskampagnen für die Masseneinwanderungs-Initiative und die Beschaffung von Kampfflugzeugen hat die AUNS in der Romandie stark beeinflusst. Diverse Veranstaltungen sowie Standaktionen wurden in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Wallis durchgeführt. In der Luftwaffen-Kampag-

ne funktionierte die Koordination mit Armee-Kreisen hervorragend. So wurde die AUNS im Kanton Freiburg in die offiziellen Pressekonferenz miteinbezogen. Im Kanton Waadt fanden Aktionen in Zusammenarbeit mit der kantonalen Offiziersgesellschaft statt.

Im Oktober wurde das erste AUNS-Forum organisiert. Thema war der 200. Jahrestag des Beitritts des Kantons Genf zur Eidgenossenschaft. Die Redner, Claude Bonnard und Nationalrat Yves Nidegger, haben dem Publikum einen spannenden Abend beschert. Am 5. Dezember 2014 wurde im Kanton Wallis das traditionelle Unabhängigkeitsfest (Jahrestag des EWR-Neins) mit der Anwesenheit von AUNS-Vizepräsident Luzi Stamm gefeiert.

Mehrere Koordinationssitzungen wurden in Lausanne durchgeführt, darunter eine im Beisein von AUNS-Präsident Lukas Reimann. Die Koordinationsstelle für die Suisse romande ist neu durch Albert Leimgruber besetzt. Er übernahm die Funktion von Eric Bertinat. Die AUNS dankt Eric Bertinat für seine Arbeit.

Tessin

Einen regelrechten Aufschwung erlebte die AUNS im Kanton Tessin. Die beiden Vorstandsmitglieder Amanda Rückert und Mauro Damiani (Stützpunktverantwortlicher Tessin) sorgten für eine verstärkte Präsenz der AUNS. Am 6. Dezember 2014 fand das traditionelle «Festa d'indipendenza» statt.

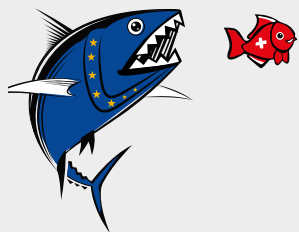


Deutschschweiz

Das Stützpunkt-Netz in der Deutschschweiz weist nach wie vor Schwächen auf. Die Kantone Baselstadt, Baselland, Graubünden, Thurgau und Zug konnten zielführende Aktionen durchführen. In anderen Kantonen fanden teilweise personelle Wechsel statt oder die Funktion der Kantonsverantwortlichen blieb nach Rücktritten vakant. In den Kantonen Zürich, Glarus und Wallis (Oberwallis) übernahmen neue Leute die Leitung. Die Vakanzen müssen mit Blick auf nächste Abstimmungskämpfe rasch behoben werden.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Verantwortlichen hat die Geschäftsstelle neue Werbemittel für die «Strassenarbeit» realisiert (Plakate, Banner, Kleber, Leporellos). Die Verantwortlichen der Stützpunkte trafen sich an vier Sitzungen in Bern.

Komitee EU-NO



Um den schleichenden EU-Beitritt zu verhindern, hat sich unter dem Präsidium von Christoph Blocher ein Komitee gebildet. Bereits sind über 100 Organisationen und Gruppierungen Mitglied des Komitees. Die AUNS ist selbstverständlich

aktiv dabei und mit dem Geschäftsführer im Vorstand vertreten. Das Komitee bereitet Massnahmen vor, um mit vereinten Kräften die automatische Übernahme von EU-Recht und die Preisgabe der direkten Demokratie an EU-Richter zu verhindern. Mit entsprechenden Volksabstimmungen ist 2016 zu rechnen. Noch ist offen, ob Bundesbern ein «Superpäckli» schnürt mit der Absicht, die automatische EU-Rechtsübernahme und EU-Richter zu akzeptieren, den Artikel BV 121a (Steuerung der Zuwanderung) auszuhebeln und einen Blankoscheck – das heisst konkret Ausschluss der direkten Demokratie – für weitere bilaterale Verträge zu erhalten.

Das Komitee EU-NO ist ein zeitlich beschränktes Abstimmungskomitee zur Bündelung der Kräfte und keine Konkurrenzorganisation zur AUNS, wie es gewisse Medien kolportierten.

Das AUNS-Bulletin

Im Berichtsjahr erschienen sieben Ausgaben in deutscher, französischer und italienischer Sprache: Ausgabe März (Nr. 164)/Ausgabe April (Nr. 165)/Ausgabe Mai (Nr. 166)/Ausgabe Juli (Nr. 167)/Ausgabe August (Nr. 168)/Ausgabe Oktober (Nr. 169)/Ausgabe Dezember (Nr. 170).

Der Inhalt setzte sich zusammen aus Kurzmeldungen über das politische Geschehen in der Schweiz, in der EU und UNO sowie aus längeren Artikeln und Interviews mit Experten, welche Themen zur Sicherheitspolitik, zur direkten Demokratie, zu Finanzplatz, Steuerpolitik, Zuwanderung

und Asylwesen vertieften. Die Geschäftsstelle wird ab und zu angefragt, ob es Sinn mache, den AUNS-Mitgliedern regelmässig ein Bulletin zuzustellen. Das AUNS-Bulletin ist nach wie vor das wichtigste Info-Bindeglied zwischen den Mitgliedern, dem Vorstand und der Geschäftsstelle. Die wichtigste Funktion ist aber die Vermittlung von Informationen. Die positiven Reaktionen auf das Bulletin zeigen, dass diese Informationen sehr geschätzt werden (unter anderem für Leserbriefe). Zudem wird das Bulletin erfolgreich für die Mitgliederwerbung eingesetzt.

Weitere Drucksachen

Für die Abstimmungskämpfe «Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative» und «Ja zu neuen Kampfflugzeugen» wurden Prospekte, Postkarten, Kleber und Plakate in grösseren Auflagen gedruckt. Neben vielen kleineren Drucksachen wie Bestell-, Beitrittskarten, Einzahlungsscheine und Spendenflyer wurden folgende Broschüren und Faltprospekte (Leporel-

los) realisiert:

- Geschäftsbericht 2013 (deutsch, französisch, italienisch)
- überarbeitete Auflage der Werbroschüre «Ein freies Volk» (deutsch, französisch)
- Broschüre «Die historischen Wurzeln der schweizerischen Geschichte»; Autor: Dr. René Roca, 2., überarbeitete Auflage
- Broschüre «Recht und Pflicht von Armeeangehörigen zur Befehlsverweigerung in einem künftigen Verteidigungsfall – Konsequenzen einer grobfahrlässigen Sicherheitspolitik», Autor: Dr. iur. Rudolf P. Schaub (deutsch)
- Leporello «Oui au modèle Suisse» (französisch)
- Leporello «Mitbestimmen» (Was ist direkte Demokratie?) (deutsch, französisch, italienisch)
- Leporello «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» (deutsch, französisch, italienisch)
- Leporello «Vorsätze 2015» (deutsch, französisch, italienisch)
- 2 Ausgaben «MagASIN», Info-Schrift für die Mitglieder in der Suisse romande.



Jahresrechnung und Bilanz 2014

Jahresrechnung 2014

	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1'088'601.17	1'115'516.49
Finanzertrag	77'675.90	11'634.72
Total Einnahmen	1'166'277.07	1'127'151.21
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	421'981.79	533'336.21
Mitgliederbriefe, Presse	301'040.10	347'991.10
Sonderaktionen	279'709.24	266'824.50
Abschreibungen	4'602.85	2'930.00
Allgemeines	137'853.20	243'933.80
Total Ausgaben	1'145'187.18	1'395'015.61
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1'166'277.07	1'127'151.21
Total Ausgaben	1'145'187.18	1'395'015.61
Überschuss	+ 21'089.89	- 267'864.40

- : Ausgabenüberschuss / + : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2014

Kasse	2'785.75	
Konten bei Postfinance	925'847.97	
Konten bei Banken	322'470.04	
Wertschriften	684'172.82	
Guthaben	73'526.05	
EDV-Anlage, Mobiliar	4'350.00	
Kreditoren		54'493.10
Sonderfonds		54'961.65
Kapital		1'903'697.88
	2'013'152.63	2'013'152.63

Die Mitgliederversammlung vom 26. April 2014 beschloss, die Jahresbeiträge für das Jahr 2014 unverändert zu belassen: 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner), Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr lagen die Beiträge und Spenden im Vergleich zum Budget 2014 um 89'483.51 Franken tiefer. Der Wertschriftenertrag fiel um 1'865.28 Franken höher aus. Infolge Transferkosten reduzierte sich der Wertschriftenertrag im Vergleich zu 2013. Das Wertschriftendepot wurde aufgrund von Sicherheitsüberlegungen und notwendigen Vertragsanpassungen für die Bewirtschaftung einem neuen Bankinstitut anvertraut. Die Einnahmen belaufen sich auf total 1'127'151.21 Franken und verfehlten das Budget um 91'348.79 Franken.

Die Ausgaben von total 1'395'015.61 Franken fallen um 586'515.61 Franken höher aus als budgetiert. Wie auf Seite 8-9 des Geschäftsberichts beschrieben, hat sich die AUNS an zwei Abstimmungskämpfen (Masseneinwanderung und Kampfflugzeug-Beschaffung) mit rund 450'000 Franken beteiligt. Diese Kosten konnten im Budget nicht vollumfänglich berücksichtigt werden. Es galt, insbesondere für das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative mitzuhelfen, die Wählerschaft zu mobilisieren. Die Durchführung der ausserordentlichen Mitgliederversammlung in Winterthur verursachte nicht budgetierte Kosten von rund 100'000 Franken (Sicherheit, Miete Kongresszentrum, Catering, Simultanübersetzungen). Somit hat sich die AUNS mit rund 550'000 Franken zusätzlich engagiert und konnte den budgetierten Gewinn nicht erreichen.



Für Werbung und Drucksachen wurden mehr Mittel investiert. Für Veranstaltungen und Standaktionen konnte neues Werbematerial realisiert werden mit dem Ziel, frühzeitig die nächsten EU-Abstimmungen (2016: Rahmenabkommen, EU-Richter, automatische Rechtsübernahme, Aushebelung Art. 121a BV usw.) in Angriff zu nehmen. Es geht auch darum, die Stimmberechtigten zu sensibilisieren, dass der EU-Beitritt nicht vom Tisch ist. Die Rechnung schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von 320'514.40 Franken ab, welcher mit dem Eigenkapital finanziert wird. Die finanzielle Situation hat sich damit nicht grundlegend verschlechtert. Es gilt zu bedenken, dass die AUNS den Auftrag hat, politische Kämpfe zu führen. Das Vermögen beträgt am 31. Dezember 2014 1'960'502.63 Franken.

Mitgliederbewegung auf Kurs

Ende 2014 wuchs der Mitgliederbestand netto⁶ um beeindruckende 459 Mitglieder, Gönner und Sympathisanten. Im Detail traten 398 Mitglieder, 20 Gönner und 41 Sympathisanten der AUNS bei; in Sprachen aufgeteilt: 362 Deutsch, 64 Französisch und 33 Italienisch. Wir gedenken an dieser Stelle unserer verstorbenen Mitglieder, Gönnern und Sympathisanten.

Dank

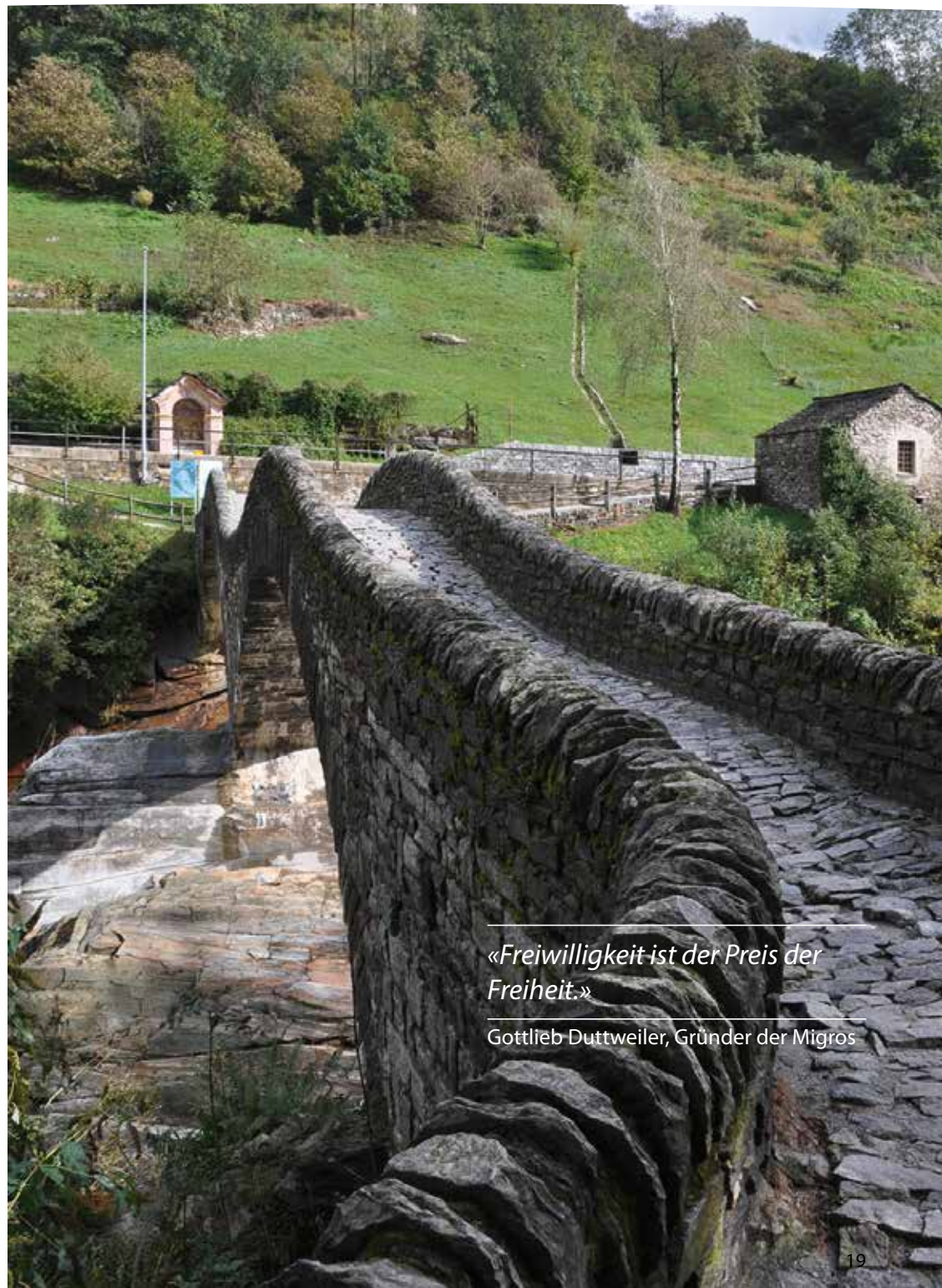
Das Präsidium, der Vorstand und die Geschäftsstelle danken allen Mitgliedern,

Gönnern und Sympathisanten für das treue Engagement und die grosszügige finanzielle Unterstützung. Der Präsident dankt den Vorstandsmitgliedern und den kantonalen Stützpunktverantwortlichen sowie der Geschäftsstelle für die Arbeit. Ein weiterer Dank geht an befreundete Organisationen für die gute Zusammenarbeit und den konstruktiven Erfahrungsaustausch.

Auftrag

Wir laufen Gefahr, unsere grösste Erungenschaft, unsere politischen Freiheitsrechte, zu verlieren und damit die Eigenständigkeit und Souveränität preiszugeben – Souveränität im Sinn von: Das Volk ist die oberste Instanz. Deshalb: Die direkte Demokratie ist nicht verhandelbar. Politische Entscheidungen müssen unter diesem Aspekt beurteilt werden. Dafür hat die AUNS zu sorgen.

⁶Netto bedeutet, Austritte sind bereits abgezogen



«Freiwilligkeit ist der Preis der Freiheit.»

Gottlieb Duttweiler, Gründer der Migros



Grundlagen: Bundesverfassung und AUNS-Statuten im Einklang

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Artikel 2 Zweck

Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Statuten der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS): Artikel 2 Ziele und Aufgaben

a) Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;

- b) Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- c) Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet;
- d) Verhinderung von Aktivismus in der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements;
- e) Kampf für die direkte Demokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch Stärkung der politischen Freiheitsrechte des Volkes.

